

SELBST- BEDIENUNGS- LADEN ASTA



24 // Winter 2010/2011

www.bb-goettingen.de

*DIE ENTWENDUNG VON 25.000 EURO
UND DAS ADF/RCDS-SCHWEIGEKARTELL*



ZUSAMMENHANG*

fragend schreiten wir voran...

Zeitung des Basisdemokratischen Bündnis / Zusammenschluss aller Basisgruppen

Wahlen vom 25. - 28.01.2011
Basisdemokratisches Bündnis
(Liste 4 wählen)
Join your local Basisgruppe!

EDITORIAL

Der aktuelle AStA-Skandal hat der Uni Göttingen in den letzten Wochen bis weit über die Stadtgrenzen hinaus Aufmerksamkeit verschafft. Von lokalen Medien wie mog, goest, Göttinger Tageblatt und HNA bis hin zu bundesweit erscheinenden Publikationsorganen wie taz und Spiegel wurde über diese in der jüngeren Vergangenheit wohl beispiellose Entwendung studentischer Gelder berichtet. Auch in der vorliegenden Ausgabe kommt dieses Thema nicht zu kurz. Mit der Frage, was der AStA aktuell ist und was er sein könnte, setzen sich gleich mehrere Artikel auseinander. Den Auftakt bildet ein umfassender Bericht zum Verschwinden der 25.000 Euro und zum ADF/RCDS-Schweigekartell. Daran anschließend schildern Betroffene aus verschiedenen Fachbereichen, wie eben jene Personen, die diesen Verlust politisch zu verantworten haben, basisnahe Gremien durch neue Finanzrichtlinien gängeln und gezielt in ihren politischen Handlungsmöglichkeiten einschränken. Unter dem Titel „Ich bau‘ dir ein Schloss – aus Studiengebühren“ wird schließlich analysiert, wie die Uni Göttingen die Gelder der Studierenden nutzt, um neue Prestigeobjekte zu schaffen – und welche Rolle ADF-Seilschaften dabei spielen.

Wir wollen nicht verschweigen, wie man es besser machen könnte: Der Frage, „Was soll das Gerede vom angeblich rechten AStA?“, stellt sich einer unserer Autoren und plädiert nachdrücklich für eine Studierendenvertretung, deren Blick nicht an der Campusgrenze aufhört. Erfreulichen und erfolgreichen Basisinitiativen widmen sich zwei weitere Artikel: Die Verlängerung der Magisterstudiengänge an der Philosophischen Fakultät beweist, dass Studierenden sich gegen Zumutungen durchaus effektiv zu Wehr setzen können. Der Bericht „Für gesellschaftliches Engagement“ zeigt hingegen, dass soziale Bewegungen auch staatliche Angriffe nicht einfach hinnehmen müssen. Über vierzig Göttinger Gruppen haben sich im vergangenen Jahr angesichts zunehmender Repression zusammengeschlossen und lokal schon für einigen Wirbel gesorgt.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass vom 25. bis 28. Januar wieder Wahlen zu verschiedenen Uni-Gremien stattfinden. Die Gelegenheit, dem derzeitigen AStA die Quittung für seine Machenschaften zu verpassen, sollte man sich nicht entgehen lassen. Deshalb: Liste 4, Basisgruppen wählen! Unser Wahlprogramm findet ihr auf der Rückseite.

Viel Spaß beim Lesen,

*EURE AKTIVIST_INNEN DES
BASISDEMOKRATISCHEN BÜNDNIS*

IMPRESSUM

Basisdemokratisches Bündnis

c/o Buchladen Rote Straße

Nikolaikirchhof 7

37073 Göttingen

www.bb-goettingen.de

info@bb-goettingen.de





INHALT

▪ <i>HAUSHALTSPOSTEN „SONSTIGES“: ...MINUS 25.000 EURO -</i> über den Göttinger ASStA-Skandal und das ADF/RCDS-Schweigekartell	S.4
▪ <i>ASStA IS WATCHING YOU -</i> über Finanzpolitik und Kontrolle	S.6
▪ <i>ICH BAU‘ DIR EIN SCHLOSS AUS STUDIENGEBÜHREN -</i> Göttinger Prestigeobjekte und die Netzwerke der Macht	S.8
▪ <i>WARUM ES SICH LOHNT ZU KÄMPFEN -</i> Die Verlängerung der Masterstudiengänge an der Philosophischen Fakultät	S.10
▪ <i>FÜR GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT -</i> wie Göttinger Initiativen sich gegen Repression zur Wehr setzen	S.11
▪ <i>WAS SOLL DAS GEREDE VOM ANGEBLICH RECHTEN ASStA? -</i> Ein Plädoyer für das politische Mandat	S.13
▪ <i>FÜR EINEN BASISDEMOKRATISCHEN UND LINKEN ASStA -</i> Unser Wahlprogramm	S.16

ASTA- FINANZSKANDAL

HAUSHALTSPOSTEN „SONSTIGES“:
...MINUS 25.000 EURO.

WAS GESCHAH

Schon kurz nach seiner Wahl im Frühjahr 2010 erklärte der frischgebakene ADF-/RCDS-ASTA, es solle sein größtes Projekt werden: Die Übertragung der Spiele der Fußball-Männer-WM in ZHG-Hörsälen. Erfahrung damit war bereits von vorangegangenen Fußballübertragungen vorhanden, kalkuliert wurde äußerst knapp, ein Gewinn würde dabei nicht herauspringen. Inzwischen ist bekannt, dass der Spaß den Studierenden noch einige ungeplante Kosten mehr beschert hat: 18.000 Euro fehlen (neben 3.000 Euro Verlusten) allein hier. Wie nunmehr offiziell festgestellt, sind die Verluste nicht einfach durch schlechte Planung zustande gekommen. Stattdessen ist der enorme Betrag entweder gestohlen oder - was nach bisheriger Informationslage weitaus wahrscheinlicher erscheint - durch AStA-Mitglieder selbst bzw. durch eng mit diesem Gremium verknüpfte Strukturen veruntreut worden!

Als erste Unstimmigkeiten auffielen, war die WM längst vorbei. Nun wurde die Innere Revision der Universität eingeschaltet und stellte das Fehlen des Geldes fest. Und es fielen weitere Unstimmigkeiten auf: Auch von Parties fehlt Geld, die der AStA im „Vertigo“ veranstaltete, dem für Unsummen studentischer Gelder von der ADF durchgesetzten „studentischen Veranstaltungskeller“. Auch hier räumt der AStA mittlerweile offiziell mindestens 7.000 Euro als Fehlbetrag durch „Diebstahl oder Unterschlagung“ ein. Insgesamt sind also über 25.000 Euro verschwunden!

Der AStA muss sich während seiner Legislatur regelmäßig vor dem Studierendenparlament, das ihn in das Amt gewählt hat, rechtfertigen. Und so wurde der Verlust denn auch im StuPa thematisiert. Dort boten die politisch Verantwortlichen allerdings ein unwürdiges Schauspiel: Nein, erklärten AStA-Angehörige, sie wollten nicht mehr zu den Umstän-

den des Verschwindens sagen. Ja, Fehler seien gemacht worden. Welche? Keine Antwort. Und Konsequenzen würde man sicher ziehen - nur wieder: welche, das wurde nicht verraten. Rücktritt war es jedenfalls nicht. In den Reihen der ADF-/RCDS-Koalition taten sich angesichts des öffentlichen Drucks allerdings plötzlich Gräben auf: Ganz offensichtlich herrschte Streit im AStA. Trotzdem blieb das Schweigekartell vorerst noch intakt und die Mitglieder klebten trotz des Skandals an ihren Ämtern. Der stellvertretende Vorsitzende Kai-Horge Oppermann wurde im Fragengewitter - freilich der Opposition - immer mehr zum Wortführer des AStA. Er wiederholte Mantra-artig, dass mehr nicht gesagt werden könne und an einen Rücktritt nicht gedacht würde. Der Bruch innerhalb des AStA trat erst während der nächsten Zusammenkunft des StuPas bei einer Wahl der studentischen Vertreter_innen für den Vorstand des Studierendenwerkes offen zutage: Anders als es wohl bei ADF und RCDS abgesprochen war, wählte das Parlament die amtierende AStA-Vorsitzende Susanne Peter nicht für das nächste Jahr in diese Position. Daraufhin erklärte Peter im Alleingang, sich nicht mehr an die Koalition gebunden zu fühlen. Funktionäre von ADF und RCDS beeilten sich, danach per Twitter und Zeitungsinterview zu erklären, dass die „erfolgreiche Arbeit der Koalition“ natürlich weitergeführt würde. Die StuPa-Episoden enden schließlich mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum fehlenden Geld, dem sich auch ADF und RCDS nicht mehr verweigern konnten. Ob davon allerdings weitere Aufklärung zu erwarten ist, darf angesichts der Mauer des Schweigens gestrost bezweifelt werden.

Nach den Studierendenparlamentssitzungen - das Parlament war schon in der „Weihnachtspause“ - kam dann die Zeit der bösen Briefe. Die AStA-Vorsitzende ließ es sich nicht nehmen, umgehend nach der nächsten AStA-Sitzung das Protokoll zu publizieren (solche Protokolle werden

meist erst bis zu 6 Monate später veröffentlicht, nachdem die Opposition einige Male daran erinnert hat). Bemerkenswert am Protokoll: Die AStA-Vorsitzende war die einzige Anwesende. Es folgte dann eine Presseerklärung der AStA-Vorsitzenden zu den fehlenden Geldern, in der diese erstmals Namen der Projektverantwortlichen nannte und allgemeine Informationen zu den Abläufen lieferte. Unter anderem machte sie öffentlich, dass der AStA auf die ordnungsgemäße Abrechnung der einzelnen WM-Veranstaltungen verzichtet und sich stattdessen erst im Nachhinein mit einer Bilanzierung beschäftigt hatte. Ganz bewusst hatten die Verantwortlichen also Arbeitsabläufe beibehalten, die ein oppositioneller Revisor schon vorher aufgrund der Missbrauchsgefahr scharf kritisiert hatte. Der RCDS konterte den Vorstoß der Vorsitzenden mit einem eigenen, mit persönlichen Vorwürfen gegen Peter gespickten Statement, in dem allerdings auch die Unfähigkeit des RCDS-Finanzreferenten nicht gelehnet werden konnte. Es folgten eine Presseerklärung aller AStA-Referenten außer der Vorsitzenden Peter und fast zeitgleich die Rücktrittserklärung des Finanzreferenten Eric Möhle.

EINORDNUNG

Die AStA-Vorsitzende Susanne Peter hat sich keine Freunde gemacht unter ihren Mitreferent_innen. Sie scheint die einzige Person im AStA zu sein, die sich einer tatsächlichen Aufklärung nicht grundsätzlich verweigern wollte. Dort hätte man wohl lieber den Ball flach gehalten - es sei sogar überlegt worden, das fehlende Geld durch eine Korrekturbuchung in der Buchführung zu kaschieren. Intern hatte man sich wohl auf Schweigen geei-



nigt - mit der recht unpassenden offiziellen Begründung, während des laufenden Strafverfahrens keine Details nennen zu können - normalerweise eher etwas, was man von direkt Verfahrensbeteiligten kennt, denen selbst eine Verurteilung droht. Den Vorwurf, es könnte sich gar aus den Reihen des AStA ein_e Referent_in oder Sachbearbeiter_in auf Kosten der Studierendenschaft bereichert haben, wollte man früh ausräumen: In der ersten AStA-Pressemitteilung ist konsequent von „Diebstahl“ die Rede, dasselbe in der weiteren Außendarstellung gegenüber der Presse und auf den eigenen Seiten in der „Augusta“ (obwohl bereits auf Druck der Innenrevision der Universität ausdrücklich Anzeige wegen Diebstahl bzw. Unterschlagung erstattet worden war. Kai-Horge Oppermann bezeichnete dieses Verhalten im StuPa denn auch bezeichnend als „taktisch motiviert“). Dabei läge eine Unterschlagung wohl viel näher: Die Geldsummen können in der Höhe kaum aus einzelnen Kassen entnommen worden sein. Die gesammelten Einnahmen waren ständig bewacht oder gut eingeschlossen. Hinzu kommt, dass bei verschiedenen Veranstaltungen und über einen längeren Zeitraum hinweg - eben nicht nur bei der WM, sondern auch bei Vertigo-Parties - Gelder entwendet wurden. Die politische Strategie war also Schweigen - und daran, dass manche nicht länger schweigen wollten, zerbrach später die Koalition. Als mit der AStA-Vorsitzenden die erste Person - aufgewühlt von der Nichtwahl, die fehlendes Vertrauen in den eigenen Reihen offenbarte - von der Schweigestrategie abwich, zerbrachen die letzten dünnen Bande, die die AStA-Referent_innen einst verbanden.

Sicherlich kann nicht davon ausgegangen werden, der AStA insgesamt habe sich an den fehlenden Geldern bereichert. Nur hat er als solches bisher weder zur Aufklärung beigetragen, noch wurden persönliche Konsequenzen gezogen - abgesehen vom Finanzreferenten, dem zuvor allerdings sogar die eigene Fraktion Inkompetenz bescheinigt hatte. Genau diese Schweigeverabredung ist das hervorstechendste Zeichen dafür, dass diesem AStA nicht mehr getraut werden kann. ADF wie RCDS sind seit dem Aufbrechen des Schweigekartells nun eifrig damit beschäftigt, die auszulöffelnde Suppe weit von sich weg und näher zu anderen zu schieben. (Dabei waren, wie öffentlich bereits eingeräumt werden mußte, mit den Geldern jeweils nur eigene, auf detaillierten Namenslisten festgehaltene Personen betraut. Na dann ... !)



Aus Service wird „Self Service“ - Das ist kein Zufall

WARUM BISHER KAUM KONSEQUENZEN GEZOGEN WERDEN

Die Mauer des Schweigens ist nicht zufällig zustande gekommen. Es gibt Personen hinter der AStA-Vorsitzenden, die von außen nur schwer durchschaubar die Linien der AStA-Politik vorgeben. Zu nennen ist hier vor allem der Koalitionsausschuss, aber auch AStA-Dauermitglieder wie Kai-Horge Oppermann, die nun politisch wirklich gefährdet sind. Was für Susanne Peter eine zweijährige Episode war (ein Jahr als AStA-Referentin, ein Jahr als Vorsitzende) endet nun nicht mit einem weiteren Jahr in einem Studentenwerksgremium, sondern jetzt ohne eine solche weitere Runde. Das ist persönlich und für die Gruppe ADF zu verschmerzen. Die Architekten der Gruppe ADF, die seit etlichen Jahren den AStA (mit-)stellt, haben hier weit mehr zu befürchten: Zum einen könnte ihre persönliche Finanzierung gefährdet sein, die in den vergangenen Jahren durch verschiedenste AStA-Jobs abgesichert war. Vor allem aber wird das ganze System ADF in Frage gestellt. Das lebt nämlich davon, dass es immer Leute gibt, die klare Ansagen machen, was politisch „richtig“ sei und zu geschehen hat, und auf die dann gehört wird - bis zum Heben der Hand in StuPa-Abstimmungen. Durch den beispiellosen Skandal werden nun gerade diese Personen politisch diskreditiert. Das Kleinreden und die Intransparenz um das verschwundene Geld, die Errichtung des Schweigekartells, waren der verzweifelte Versuch, die politische Verantwortung abzuwehren und die etablierten Strukturen der eigenen Verfilzung zu retten. Selbst in den Reihen der ADF wurde nichts aufgeklärt - was im AStA passierte, blieb im AStA.

Unter dem Deckmantel einer „unpolitischen“, später dann „überparteilich“ bezeichneten Gruppe wie der ADF gelang es über Jahre, eine Politik durchzusetzen, die hochkonservativ war - primär weil sie von konservativen Personen gesteuert wurde, nicht weil sie ein konservatives

Programm hätte. Prägend für die Gruppe war ihr Kernpersonal, die grauen Autoritäten im Hintergrund. Die Tragweite des AStA-Skandals zieht nun aber Personal aus dieser elitären Runde mit in den Fokus der Aufmerksamkeit und bringt ihren politischen Kredit in Gefahr. Kein Wunder also, dass nun Durchhalteparolen und Schweigeaufforderungen aus dieser Ecke kommen.

HOFFNUNGEN

Der AStA wird wohl gerade hoffen, dass die Karawane weiterzieht und die Nachrichten abklingen. Und dass endlich Februar sei, und Ablösung gewählt wird. Letzteres natürlich nicht für die Dauermitglieder, die dort eher beruflich arbeiten und sich dann in den nächsten Referentenposten heben lassen wollen.

Die ADF wird hoffen, dass die Vorwürfe so abstrakt bleiben, dass die Stammwähler nicht ihren konkreten Lieblingskandidaten bei der ADF als belastet betrachten und trotzdem erneut wählen.

Das Geld wird wohl verschwunden bleiben. Täter werden vermutlich nicht gefunden werden, wenn es nicht noch Einzelpersonen im AStA gibt, die weit aus größeres Wissen haben, als sie bisher eingestanden haben. Da der AStA die WM-Übertragungen für den zentralen Eckpfeiler seiner Kulturarbeit ansieht, kann er damit nun sogar wahrheitsgemäß auch angeben, dass diese „Kulturarbeit“ eine Menge Geld und Zeit gekostet hat.

Für die politische Landschaft an der Universität ist vor allem zu hoffen, dass es Konsequenzen gibt. Wenn ein AStA, unter dessen Ägide über 25.000 Euro entwendet werden, mit einem Lächeln davonkäme und quasi problemlos wiedergewählt werden würde, wäre das ein katastrophales Signal für die Hochschulpolitik, die nun seit Jahren ohne Abwechslung auskommen musste. Darum: Wer ADF/RCDS wählt, ist selber schuld - und sollte nachher nicht nach dem Geld fragen! •

ASTA ...



George Orwell hat in seinem Buch „1984“ die „Totalverwaltung der Welt“, wie sie auch die Kritische Theorie um Adorno und Horkheimer analysierte, beschrieben.

ÜBER FINANZPOLITIK UND KONTROLLE

Der AstA hatte in den letzten Jahren nichts Besseres zu tun als die Arbeit der Fachschaften und Fachgruppen systematisch zu behindern. Jetzt haben sich verschiedene Fachschaften und Fachgruppen in einem offenen Brief gegen diese Politik ausgesprochen.

Im Folgenden möchten wir euch über die Situation an der Uni informieren:

WILLKOMMEN...

Stell dir vor, du möchtest mit ein paar Mitstudierenden an deinem Fachbereich ein Sommerfest organisieren und ihr bleibt auf den Kosten sitzen. Oder du legst Geld für deine Fachgruppe aus und bekommst es nicht zurückerstattet?

Stell dir vor, du und ein paar engagierte Leute, ihr wollt euch durch einer Veranstaltung über ein Thema kritisch informieren. Ihr bleibt jedoch auf den Fahrtkosten und dem Honorar der Referent*innen sitzen.

Stell dir vor, ihr betreibt in eurer Freizeit unentgeltlich ein selbstverwaltetes Café an der Uni und am Ende müsst ihr die Heiz- und Elektrizitätskosten selbst bezahlen. Denn deiner Fachschaft oder Fakultät wird auch noch verboten, die Rechnung zu begleichen.

Und es geht noch weiter: Stell dir vor, in der BRD finden Proteste von 270.000 Studierenden und Schüler*innen statt und ihre Vertretungen (AStA/SV) unterstützen sie. Nur an deiner Uni sitzt der AStA an einem Tisch mit dem Senat, während eine Großdemonstration „für freie Bildung“ durch die Straßen zieht.

Was ist dann?

DANN WILLKOMMEN IN GÖTTINGEN!

War es vor einiger Zeit noch gängige Praxis, dass Studierende über die eigene Fachschaft Räume für Veranstaltungen bekommen, so gab es 2010 Versuche des AStA, die Anmeldung von Räumen nur noch mit Genehmigung des AStA Vorsitz zu ermöglichen. Fachgruppensprecher*innen, Fachschaften und alle Studigruppen sollen also wegen jeder Veranstaltung beim AStA vorsprechen. Der AStA soll Einsicht und Kontrolle über alle Veranstaltungen bekommen. Anmietung von Räumen ist Studierenden nicht mehr ohne erheblichen Aufwand und Gebühren möglich.

Generell soll es nur dem AStA möglich sein, Verträge mit Dritten zu schließen. So wird das Ausleihen eines teuren Projektionsgerätes (Beamer), schnell zur Debatte über den projizierten Inhalt und den der Veranstaltung. Unliebsame Veranstaltungen können durch die Verweigerung der Finanzmittel schnell unterbunden werden.

Sind die Veranstaltungen erst einmal vom politischen Inhalt bereinigt, so werden die Reste als Kulturschaffung des AStAs verkauft. Hierbei bedient er sich einfach der Forderung: wenn ein Veranstaltungshinweis gedruckt wird, solle das AStA Logo mit auf die Plakate, Flyer etc. gedruckt werden. Natürlich soll das ganze bei der Druckerei gedruckt werden, die dem AStA passt. Denn auch hier soll einem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung getragen werden. Das heißt dann konkret, dass Studierende auf dem Differenzbetrag der Kosten sitzen bleiben, die der AStA als irgendwie zu hoch ansieht. Die genaue Überprüfung mittels Google Suche nach Billiganbieter*innen mit miesen Arbeitsbedingungen macht es möglich! Die Finanzmittel für den Druck gibt es zudem nur nach Vorlage eines Referenzexemplars.

SIE WISSEN WOVON SIE REDEN. DENN EIN BETRUG IST EIN BETRUG IST EIN BETRUG...

Betrug scheint für den AStA ein großes Problem zu sein: Überall in der eigenen Studierendenschaft sieht er Veruntreuung, Hinterziehung und Fälschung. Zum Beispiel immer dann, wenn die eigenen

Gelder nicht in einen Partykeller (sog. „Vertigo“) fließen sollen. Besonders stehen dabei Veranstaltungen unter Generalverdacht, die nicht vom AStA organisiert werden.

So wird schnell zum Problem herbeigeredet, was nie ein Problem war: Referent*innen einladen. Die Forderung, dass nur noch über den AStA Verträge mit den Referent*innen abgeschlossen werden können, wird mühsam hinter haltlosen Behauptungen versteckt. Angeführt wird: die Fachschaften gewännen an Sicherheit, da nun die Referent*innen auch zu den Veranstaltungen erscheinen müssten. Dass mündliche Verträge ebenfalls gültig sind, scheint dem AStA nicht bekannt zu sein. Ebenso wenig wie die Tatsache, dass Referent*innen in der Regel zugesagte Termine wahrnehmen. Aber das scheint nicht wichtig zu sein, denn auch hier soll es nach Meinung der AStA Vorsitzenden nur über sie möglich sein Verträge abzuschließen.

KEIN MENSCH BRAUCHT SO EINEN AStA...

Statt Räume für gesellschaftliches Engagement an der Uni zu öffnen baut dieser AStA bürokratische Hürden auf. Wenn er nicht gerade mit der Bahn über ein neues Semesterticket verhandelt, scheint der AStA seine Hauptaufgabe darin zu sehen, das Engagement, das er selbst nicht aufbringt, auch bei anderen zu unterdrücken.

Wir wollen einen AStA, der die Hochschullandschaft politisch mitgestaltet, sich für die Lehre einsetzt, kritisch agiert und sich gemeinsam mit den Studierenden entschlossen mit Freude für die Ziele der Studierendenschaft einsetzt, sowie diese auch gegen die herrschende Politik und Wirtschaft durchsetzt. Das sollte sich auch in einer Finanzpolitik niederschlagen, die studentisches Engagement fördert anstatt es zu gängeln! •

*FÜR EINEN
EMAZIPATORISCHEN
BASISDEMOKRATISCHEN
AStA!*



Während der ADF/RCDS AStA massiv Gelder zum Verschwinden bringt, verschärft er die ohnehin schon restriktive Finanzordnung für die Basis.

SELBSTVERWALTUNG HEISST IN GÖTTINGEN? ...STUDENTISCHE PARLAMENTE UND GREMIEN.

An der Uni gibt es eine studentische Selbstverwaltung, die auch als Verfasste Studierendenschaft (VS) bezeichnet wird. Eine zentrale Struktur dieser ist das Studierendenparlament (StuPa). Dieses wird von allen immatrikulierten Studierenden gewählt und setzt sich aus gewählten Vertreter*innen der politischen Hochschulgruppen zusammen.

Das StuPa wählt den allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), der den Anspruch haben sollte die Mehrheit der Studierenden zu vertreten.

An den Fakultäten sind die gewählten studentischen Vertreter*innen in Fach-

schaftsparlamenten organisiert. Diese wählen Fachschaftsräte und setzen sich idealerweise für die Belange ihrer Studierenden ein. Das Engagement kann sich in verschiedener Beteiligung an Berufungs-, Studien-, Prüfungskommissionen ausdrücken. Die zwei studentischen Mitglieder*innen im Fakultätsrat werden direkt von den Student*innen gewählt.

Für jede Fachgruppe innerhalb einer Fakultät gibt es zudem Fachgruppensprecher*innen. Die Fachschaftsräte treten zusammen in der Fachschaftsrateversammlung (FSRV), in der über fachbereichübergreifende politische Themen diskutiert wird.

Die nächsten Wahlen finden vom 25.-28. Januar 2011 statt.

Gegen die restriktive Finanzpolitik des AStAs haben sich viele Fachschaften und Fachgruppen in einem offenen Brief gewendet. Du findest den offenen Brief unter: Fachschaftsrat Philosophische Fakultät <http://fsrphil.stud.uni-goettingen.de/>

ICH BAU' DIR EIN SCHLOSS



Das neue „Lern- und Studienzentrum“ wird auf Initiative der ADF von unseren Geldern über die nächsten Jahre finanziert.

Autor*in: Zora, Abdruck mit Genehmigung von Monsters Of Göttingen (<http://monsters.blogspot.de/>)

... AUS STUDIENGEBÜHREN

Die Universität Göttingen plant ein neues Großprojekt. Finanziert aus »Studiengebühren« entsteht am Zentralcampus ein neues Gebäude: Das »Lern- und Studienzentrum«. Nach außen wird der Eindruck erweckt, das Projekt wäre vorgeschlagen und unterstützt von Studierenden. Das ist aber nur die halbe Wahrheit.

Im Mai 2010 publizierte die – zusammen mit dem RCDS – den AStA stellende Hochschulgruppe ADF in ihrer vor allem zu Hochschulwahlen erscheinenden Publikation »Wadenbeißer« einen Bericht über das Projekt: Ein Neubau mit 700 Arbeitsplätzen nur für studentische Arbeitsgruppen, organisiert in verschieden großen Räumen, mit bequemen Bürostühlen, Internet- und Stromanschluss und ordentlicher Beleuchtung, geplant von »einigen studentischen Vertretern der ADF«. Kurze Zeit später machte die Universität in einer Pressemitteilung die Entscheidung zugunsten des Bauprojekts öffentlich und betonte dabei vor allem, dass alles auf dem Wunsch der Studierenden beruhen würde.

Die Universität kann jährlich etwa 13,5 Millionen Euro Studiengebühren inve-

stieren. Sie ist bei der Verwendung an das Niedersächsische Hochschulgesetz gebunden und hat eine eigene Gremienstruktur gebildet, die über die Ausgaben entscheidet. Diese ist zwar auch mit studentischen Vertretern besetzt, die Sitzungen sind aber nicht-öffentlich und Protokolle werden nicht zur Verfügung gestellt.

Dass Studiengebühren in Immobilien fließen ist dabei nicht neu. Regelmäßig fällt ein großer Teil in immobilienbezogene Ausgaben, erinnert sei an das mehrere Millionen Euro teure Projekt der Sanierung des Verfügungsgebäudes zwischen SUB und Juridicum. Für die dann später erfolgende Einrichtung einer »Lernlandschaft« im Erdgeschoss dieses Gebäudes flossen dann noch einmal hohe sechsstelligen Beträge. Diese sollte nach der Begründung übrigens ganz ähnliche Funktionen erfüllen wie das neue Gebäude, ist allerdings abgesehen von der Phase der Besetzung im Rahmen des Bildungsstreiks nie sehr stark genutzt gewesen.

DIE DOPPELTEN ABITURJAHRGÄNGE UND DAS GEIZIGE LAND

Rechtlich entscheidend ist beim Ausgeben der Studiengebühren, dass daraus nichts bezahlt wird, was zum Kern des

Lehrangebots der Universität gehört. Die Universität muss also theoretisch auch ohne die aus den Gebühren finanzierten Angebote die Lehre durchführen können. Die Universität geht nun dazu über, diese Einschränkung so weit zu dehnen, wie sie es gerade noch zulässt.

Nach Maßstäben der Universitätsplanung steht eine Ausnahmesituation unmittelbar bevor: Zum Wintersemester 2011 wird es in mehreren Bundesländern – auch Niedersachsen – zwei Jahrgänge an Gymnasialschulen geben, die zugleich ihr Abitur machen, da die Schulzeit auf 12 Jahre verkürzt wurde. Hier wird auch die Universität gefordert sein, entsprechend mehr Studierende zu immatrikulieren. Zugleich steht die Universität vor einem Problem: Als Stiftungsuniversität weitgehend vom Land Niedersachsen abgekoppelt ist sie dennoch von der Finanzierung durch das Land abhängig. Und das macht bisher wenig Anstalten, mehr Mittel für die Hochschulen zum Abfangen der finanziellen Folgen der Studierendenwelle bereit zu stellen.

WANDERBAUSTELLE, BEZAHLT AUS STUDIENGEBÜHREN

So ist es dann sicher auch kein Zufall, dass als Fertigstellungstermin schon in der Planungsphase des neu zu bauenden Gebäudes das dem Abiturtermin unmittelbar folgende Wintersemester 2011/2012 gesetzt war. Da der Weg, Lernarbeitsplätze aus Studiengebühren zu finanzieren, rechtlich abgesichert scheint, entwickelte die Universität bei ihrer Bautätigkeit eine neue Strategie: Über eine Umzugspolitik werden nun wiederholt Räume zu Lernräumen umgewidmet, kostspielig renoviert oder neu gebaut, und ausgestattet. Zugleich werden bestehende, durch die Neubauten unattraktiv gewordene alte Lernplätze stufenweise in Verwaltungs- und Forschungsräume verwandelt. So wird durch das Erschließen neuer Räume mit Studiengebühren gleichzeitig Raum für eigentlich nicht aus den Gebühren finanzierbare Tätigkeiten geschaffen.

Kostspielige technische Ausstattung kann so neu angeschafft werden, die alte, noch aus Landes- und Bundesmitteln finanzierte Ausstattung kann dann abgebaut statt kontinuierlich auf einem neuen Stand gehalten werden.

»WER HAT'S ERFUNDEN?«

Die Universität spricht beim Neubauprojekt von einem Vorschlag aus der Studie-

rendenschaft, was allerdings nicht wirklich den Kern trifft. Die ADF wurde in ihrem Artikel konkreter: Aus ihrer Mitte käme der Vorschlag. Das scheint zumindest einigermaßen nahe an der Wahrheit zu sein. Zugleich wirbt nämlich ein alter Bekannter aus der Göttinger Hochschulpolitik damit, dass es sich um sein Konzept handele. Andreas Lompe, früher Teil des ursprünglichen inneren Zirkels der ADF und auch für die Gruppe Referent im AStA, ist mittlerweile zusammen mit



So soll es laut Homepage der Uni Göttingen aussehen: Das neue „Lern- und Studienzentrum“

einem ehemaligen AStA-Vorsitzenden (natürlich der ADF) Geschäftsführer der adiangi GmbH, einem Göttinger Beratungsunternehmen für Universitäten, das bereits zahlreiche Aufträge der Universität Göttingen vorweisen kann.

Die Bekanntschaft mit den Entscheidungsträgern, Vertrautheit mit den Strukturen der Universität und die gemeinsame Vergangenheit in der Hochschulpolitik mit anderen Beteiligten ist sicherlich ein wichtiges »Asset« dieses Beratungsunternehmens. So gehört auch der studentische Vorsitzende der zentralen Präsidiums-kommission, die über die Vergabe der Gebühren entscheidet, mit zu diesem alten Zirkel um die ADF – und hat nebenbei auch in der Publikation den Artikel über das Neubauprojekt geschrieben. Getrost kann davon ausgegangen werden, dass die Neubauidée schon in ihrer Entstehung von eher nicht-studentischen Einflüssen begleitet war, die auch in die Universitätsleitung reichen.

WAS IHR WOLLT

Das »Verwendungskonzept« der Studiengebühren sah auch eine Befragung der Studierendenschaft vor. Das offiziell präsentierte Ergebnis – gerundete 70 Prozent Zustimmung zum Neubau – gibt die Universität auch noch einmal zur Legitimation in ihrer Presseerklärung zum Lernzentrum an. Statistisch mag das als Ergebnis der Befragung korrekt sein, es spiegelt allerdings kaum die wirkliche Zustimmung in der Studierendenschaft wieder. Nur etwa 10 Prozent der Studierenden nahmen überhaupt an der Internetgestützten Befragung teil, aufgefordert wurden dazu aber freilich alle. Der umfangreiche Fragebogen (25 Fragestellungen sehr unterschiedlicher Art) bot allerdings ohnehin nur denjenigen Motivation, ihn auszufüllen, die konkret eine Verbesserung der Lernplatzausstattung wollten: Die Fragen drehten sich vor allem um Gruppenarbeitsplätze.

Die Zahl spiegelt darüberhinaus nur wieder, wie viele der Fragen-Beantworter ganz allgemein den Neubau eines solchen Gebäudes befürworten würden. Unter den Tisch fällt, dass insbesondere die Angehörigen der Fakultäten an der Nord-Uni das dann auf ein Gebäude am Nord-campus konkretisiert hatten: Für den Nordcampus waren beispielsweise an den Forst-, Physik- und Chemie-Fakultäten weit über 80 Prozent der Befragten. Die Universität hat hier einfach eine einzelne Antwort aus der komplexen Befragung herausgegriffen. Dass z.B. deutlich weniger Studierende eine Finanzierung aus Studiengebühren befürworteten, wurde schlichtweg ignoriert.

BEZAHLT WIRD SPÄTER

Für das neue Gebäude sind Kosten in Höhe von 8 Millionen Euro veranschlagt. Der Studierendenschaft wird dieser Brok-

ken aber mit einer Finanzierungsmöglichkeit schmackhaft gemacht: Die Universität tritt in Vorleistung und die Studierenden stottern über zehn Jahre ab. Ob dies nun auch nur der Legitimierung dient oder doch eher einem rechtlichen Kniff geschuldet ist, ist noch nicht ganz klar. Gibt es doch im niedersächsischen Hochschulgesetz eine 15-Prozent-Grenze für die Überführung von Studienbeiträgen in das Vermögen der Universität. In Häppchen finanziert so die Studierendenschaft ein neues Universitätsgebäude – das dann rechtlich der Universität gehört, nicht der Studierendenschaft.

Bleibt der Universität nur noch das Restrisiko, dass es die Studiengebühren keine zehn Jahre mehr gibt. Andererseits sollte das Konto der nicht verwendeten Studiengebühren mittlerweile stattliche Ausmaße angenommen haben, so dass zur Not daraus abbezahlt werden könnte.

SERVICE-UNI ZU STUDENTARIFEN

Die ADF rechnet vor: unter 40 Cent pro Stunde und Nutzer_in lägen die Kosten für den Neubau. Klar wird: Der Neubau ist nur ein weiteres Element des durchökonomisierten »Service«-Studiums, das vor allem an einem interessiert ist: monetäre Kalkulierbarkeit. Noch rühmt die Universität die Einmaligkeit des Neubaukonzepts. Andere Universitätsstandorte werden aber sicher bald nachziehen. Nicht nur Göttingen bekommt nicht die Mittel, die für eine anständige Lehrtätigkeit nötig wären, nicht nur Göttingen muss kreativ mit Studiengebühren arbeiten. Sich zum Legitimieren der sehr kreativen Gebührenverwendung dann aber mit Umfragen, deren Ergebnis absehbar ist, zu brüsten ist dann doch eher absurd – damit sollen vermutlich nur die Entscheidungsträger aus der Schusslinie genommen werden, wenn die Kritik einsetzt. •

„LE CHAT NOIR“

... das ist die neue Soli-Theke im JuZI, die wir gemeinsam mit der ASJ organisieren. Jeden 2. Dienstagabend gibt es hier einen neuen Freiraum, bei dem ihr kulturelle und politische Vorträge, Filme, Lesungen etc. bestaunen oder auch veranstalten könnt oder einfach mit Bier oder Limo für wenig Geld genießt, mit Freunden quatscht und guter Musik lauscht. Die



Theke ist für Nichtraucher*innen ausgelegt, für die Rauchenden unter uns wird es aber Möglichkeiten geben ihre Kippen zu schmökern. Los geht's immer um 21 Uhr im Barraum im juZI – Bürgerstraße 41.

Die nächsten Termine im Überblick:

- 11.01.2011: Dieser Abend steht im Zeichen der ermordeten Revolutionär*innen Rosa Luxemburg & Karl Liebknecht
- 25.01.2011 Soli-Abend für die Antifa-Aktivitäten in Dresden

WARUM ES SICH LOHNT ZU KÄMPFEN

Gemeinsam aktiv werden, sich solidarisch und kollektiv für die eigenen Interessen einsetzen – ein solches Vorgehen kann viel erreichen. Unter dem Titel „Warum es sich lohnt zu kämpfen“ präsentieren wir in loser Folge erfolgreiche Projekte, bei denen genau so agiert wurde. Es sind Auseinandersetzungen, bei denen die Vereinzelung überwunden, Konflikte ausgetragen und vermeintliche Sachzwänge außer Kraft gesetzt wurden. Die vorgestellten Kampagnen haben Erfolge erzielt, die vorher oft unmöglich erschienen und mit denen auch die Protagonist_innen selbst häufig nicht gerechnet hatten.

DIE VERLÄNGERUNG DER MAGISTERSTUDIENGÄNGE AN DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT

Der Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät hatte in den Jahren 2005/2006 beschlossen, die Magisterstudiengänge zum Sommersemester 2011 auslaufen zu lassen. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung gingen viele Studierende noch davon aus, bis zum gesetzten Termin ihr Studium beendet zu haben oder sie vermuteten, dass die Regelung im Zweifelsfall ohnehin keinen Bestand haben würde. Protest gegen diese Bestimmung regte sich daher nicht. Vier Jahre später war dann abschbar, dass es unter den gegebenen Umständen mehreren hundert Studierenden nicht möglich sein würde die Uni mit dem angestrebten Abschluss zu verlassen. Das Thema stand daher im Mai 2010 erneut auf der Tagesordnung des Fakultätsrats. Statt nun die erhoffte und von vielen auch erwartete Lösung einer Verlängerung zu wählen, zeigte ein Großteil des Gremiums keinerlei Verständnis für die Anliegen der Studierenden und ließ diese voll auflaufen. Gegen die Stimmen der Studierendenvertreter_innen wurde jegliche Terminänderung abgelehnt. Die Haltung der Mehrheit der Mitglieder kam besonders krass in einem internen Papier zum Ausdruck, das die Grundlage für die negative Entscheidung bildete. Der intensivierte Leistungsterror wurde dort explizit als

Argument gegen eine Verlängerung angeführt: „Das nahende Ende des Magisters und der damit einhergehende Druck auf die Studierenden haben zu einer merklichen Zunahme der Anmeldungen zum Abschlussverfahren geführt.“ Dreist war auch, was den Betroffenen, die mehrheitlich nur noch sehr wenige oder sogar gar keine Scheine mehr benötigten, als Alternative angeboten werden sollte: „Die Studierenden sollten nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass diejenigen, die den Magister bis Ende SoSe 2011 nicht abschließen können, in den B.A. zu wechseln können (sic).“

Alle Hoffnungen auf eine Veränderung auf etablierten Wegen, über eine Mitarbeit in Gremien, hatten sich damit zerschlagen. Obwohl die gewählten Vertreter_innen sich in diesem Fall tatsächlich für die Interessen der Studierenden engagierten, fehlten ihnen aufgrund der Besetzung des Fakultätsrats (nur zwei von vierzehn Mitgliedern sind Studierende) die Möglichkeiten deren Anliegen auch tatsächlich durchzusetzen. Einige der Betroffenen wollten sich mit dieser Situation nicht abfinden. Über persönliche Gespräche, Flyer und Mailinglisten wurden andere Magisterstudierende zu einem ersten „Aktiventreffen“ eingeladen. Die Einladung fand großen Zuspruch, für Viele war die Frist ein drängendes Problem. Auf dem ersten Treffen wurde ausführlich über die Konsequenzen gesprochen, die der gesetzte Termin für die Studierenden haben würde. Das Gefühl individuellen Versagens, die Vorstellung „Alle kriegen ihr Studium geregelt, nur ich nicht“, wick durch den Austausch schnell der Erkenntnis, dass es sich hier nur scheinbar um eine individuelle Schwierigkeit und tatsächlich um ein politisch-kollektives Problem handelte, das man gemeinschaftlich angehen sollte. Gemeinsam wurden Informationen gesammelt und das weitere Vorgehen geplant. Durch gezielte Recherche konnten die eigenen Ressourcen fokussierter eingesetzt werden. Die Studierenden konzentrierten sich auf die Fakultätsratsmitglieder, die gegen eine Verlängerung gestimmt hatten, und sprachen diese z.B. in ihren Sprechstunden direkt auf das Thema an. Gleichzeitig wurde sich ein Überblick über die einzelnen Teile der Fakultät verschafft und verstärkt in den Bereichen mobilisiert, in denen es noch wenige Aktive gab. Die Teilnehmer_innen der Aktiventreffen versuchten darüber hinaus in ihrem direkten Umfeld mit möglichst vielen Betroffenen ins Gespräch zu kommen. Die Plena konnten daher ein kontinuierliches Wachstum verzeichnen.

Aufgrund einer formalen Regelung war der Fakultätsrat gezwungen, seine Entscheidung einen Monat später durch eine erneute Abstimmung zu bestätigen. Die Aktiven entschlossen sich, bei dieser Sitzung direkt zu intervenieren. Im Vorfeld wurde ein mehrseitiges Positionspapier verfasst. Dabei erprobten die Studierenden eine innovative und vor allem kollektive Methode der Textproduktion. Statt einzelne Personen mit der Formulierung der Stellungnahme zu beauftragen, wurde sich bewusst für einen gemeinsamen Prozess entschieden. Während eines Aktiventreffens nahmen sich kleine Arbeitsgruppen einzelner, vorher abgesprochener Themenbereiche an und arbeiteten diese aus. Die so entstandenen Fragmente wurden dann anschließend zusammengefügt. Mit diesem Statement wurde eine ca. 20-köpfige Delegation zur Fakultätsratssitzung geschickt, um die Position der Studierenden vorzutragen und die Bereitschaft zu entschlossenen Protesten zu verdeutlichen. Durch die zuvor gemeinschaftlich entwickelte Argumentation und das kollektive Auftreten konnten Ängste vor der direkten Konfrontation mit den Dozierenden deutlich reduziert werden.

Der Fakultätsrat zeigte sich vom Agieren der Aktiven sichtlich beeindruckt, zog den Tagesordnungspunkt vor und entschied dann ausnahmsweise in geheimer Abstimmung – einige Mitglieder hatten offensichtlich große Sorge vor weiteren Aktionen. Das Ergebnis der Abstimmung war ein beeindruckender Erfolg der studentischen Kampagne: In nur einem Monat war aus einer knappen Entscheidung gegen die Studierendeninteressen eine große Mehrheit für eine Verlängerung um drei Semester geworden. Das Vorgehen der Magisterstudierenden ist ein Beispiel dafür, dass kollektives und solidarisches Eintreten für die eigenen Interessen, das auch vor den notwendigen Konflikten nicht zurückscheut, Erstaunliches erreichen kann. Das Ergebnis des Projekts hat die Aktiven selbst überrascht und macht Mut für weitere Aktivitäten. Einer der Studierenden hat seine diesbezüglichen Erfahrungen in einer Mail prägnant zusammengefasst: „Ich habe von -sonst eher politisch interessierten- KommilitonInnen die Ausrede gehört nicht mehr an Demonstrationen oder Sonstigem zum Bildungsstreik teilnehmen zu wollen, weil ‚das ja eh nichts bringt‘ bzw. ‚uns die Landes-Politiker dann ja doch verarschen‘ (in etwa). Nachdem ich einem von diesen von unserer erfolgreichen Aktion erzählt habe, hörte er sich schon ganz anders an.“ •

FÜR GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT



Wenn es nach dem aktuellen Polizeipräsidenten Robert Kruse gegangen wäre, hätte diese Demonstration im Kessel enden müssen: Spontandemonstration im Rahmen der Bachelor-Proteste im Jahr 2009

GEGEN KRIMINALISIERUNG UND POLITISCHE JUSTIZ

Du bewegst Dich in einem mehr oder weniger politischen Umfeld? Du hast Ideen, wie die Gesellschaft cooler werden könnte? Du hast Utopien? Du engagierst Dich vielleicht sogar aktiv hier und da? Dann pass auf! Morgen könnte Deine Wohnung von einer Gruppe uniformierter Robocops gestürmt werden, die alle Deine Sachen durchwühlen und auch vor Deinen persönlichen Dingen keinen Halt machen. Später stellt sich dann heraus: das durften die gar nicht. Aber die waren ja trotzdem da, haben sich trotzdem alles angeguckt, alles durchwühlt und Dich mit dem Gefühl von Ohnmacht zurückgelassen.

Und Du? Vielleicht hast Du nach dieser Geschichte ja keine Lust mehr, Dich zu engagieren? Oder Du hast Angst vor staatlicher Willkür? Oder Du denkst: jetzt

erst recht! - Dann bist Du in Göttingen nicht allein.

Das Bündnis Für gesellschaftliches Engagement - gegen Kriminalisierung & politische Justizentstand zu Beginn des Jahres 2010, nachdem immer wieder Fälle von staatlicher Repression und Polizeigewalt öffentlich wurden. Das offensichtlich systematische Vorgehen gegen politische Aktivist_innen brachte über 40 Göttinger Gruppen, Initiativen, Gewerkschaften, Parteien u.ä. dazu, sich zusammenzuschließen. Innerhalb dieses Bündnisses wurden verschiedene Fälle betroffener Göttinger_innen gesammelt und aufgearbeitet. Aus den Recherchen entstand eine Broschüre in der fast zwanzig Fälle aus den vergangenen Jahren zusammengefasst, analysiert und bewertet wurden. Das Muster, dass diesen Fällen gemeinsam war, lässt sich auf eine simple Formel bringen: Die Polizei konzentriert sich auf Menschen, die sich aus ihrer Sicht z.B. be-

sonders hartnäckig engagieren, dabei wenig kooperieren und denen sie größeren Einfluss zuschreibt. Diese meist namentlich bekannten Aktivist_innen werden bei nächstbestener Gelegenheit angezeigt. Dafür werden Vorgänge erfunden und schließlich Straftaten – in der Regel Widerstand, Landfriedensbruch oder Beleidigung - konstruiert.

Die Polizei zeigt Aktivist_innen also wegen einer angeblichen Straftat an, die Staatsanwaltschaft übernimmt die Fälle und stellt unkritische Ermittlungen an, deren Ergebnisse dann dem/der Richter_in als Fakten präsentiert werden. Es zeigt sich immer wieder, dass die so genannten Säulen der Rechtsstaatlichkeit, also Polizei und Justiz, keineswegs so unabhängig voneinander sind, wie sie es sein sollten. Vor Gericht werden Polizist_innen per se als glaubwürdig dargestellt, während AktivistInnen unter Generalverdacht zu stehen scheinen. Polizist_innen sagen die

Wahrheit, Aktivist_innen lügen, sie sind „die Anderen“. Es kommt der aufmerksamen Beobachterin vor, als könnten Polizist_innen aus Sicht von Richter_innen und Staatsanwaltschaft schon allein aufgrund ihres Berufs keine falschen Aussagen machen. Offensichtlich konstruierte Zusammenhänge führen dann zum Beispiel dazu, dass eine linke Wohngemeinschaft gestürmt und Opfer einer dubiosen Hausdurchsuchung wird. (Hauptbeweismittel war ein liegen gebliebenes Stück Pappe, dessen Spuren dann angeblich Tage nach dem Vorfall von Spürhunden verfolgt wurden.) Wie zu erwarten wurden zwar keine Beweismittel gefunden, dafür aber mehrere Computer mitgenommen und nach politischen Aktivitäten ausgespäht.

Neben der Herausgabe der Broschüre führte das Bündnis im Frühjahr 2010 eine umfangreiche Veranstaltungsreihe durch. Als eine Folge des so hergestellten öffentlichen Drucks, beschloss der Rat der Stadt Göttingen die Einrichtung eines „runden Tisches“, bei dem es Gespräche zwischen

Bürgerinitiativen, Parteien und Vertreter_innen von Polizei und Justiz geben sollte. Das allerdings lehnten letztere vehement ab und luden dann im November 2010 zu einer geschlossenen Sitzung mit Vertreter_innen des Rates ein. Geschlossen heißt freilich: unter Ausschluss der Öffentlichkeit und hinter massiven Polizeiabsperrungen. Das wollte „die Öffentlichkeit“ sich aber nicht gefallen lassen. Und so ließen es sich über 40 Leute nicht nehmen ihren Unmut über die geplante Geheimsitzung kundzutun. Es kann ja schließlich nicht sein, dass Polizei und Justiz Immunität genießen, wenn es Kritik an Ihrer Arbeit gibt.

Die Broschüre des Bündnisses hat eindrucksvoll gezeigt, dass es sich bei den recherchierten Fällen nicht um bedauerliche Einzelfälle handelt. Es wird deutlich, dass diese Art der Behandlung sich gegen ein breites Spektrum außerparlamentarischer Bewegungen richtet und tatsächlich jede_r der oder die grad nicht ins Konzept passt betroffen sein kann. Das Bündnis hat bereits bei der Veröffentlichung

der Broschüre angekündigt, dass es sich weiterhin einmischen wird, „wenn politisches Engagement und Proteste gezielt kriminalisiert werden.“ Es sei „an der Zeit, das skandalöse Vorgehen von Polizei und Justiz ans Licht der Öffentlichkeit zu holen und die Betroffenen zu unterstützen.“ Im vergangenen Jahr konnten die beteiligten Gruppen diesen Anspruch bei verschiedenen Gelegenheiten einlösen. Für 2011 ist bereits eine weitere Broschüre mit aktuellen Fällen geplant. Für Kontinuität sorgt zudem eine sehr erfreuliche Neugründung: Die bereits vor langer Zeit aufgelöste Initiative BürgerInnen beobachten die Polizeierfand sich im Zuge der Kampagne neu und nahm ihre Arbeit bei öffentlichen Veranstaltungen - wie Demonstrationen Kundgebungen - wieder auf. Auch Zukunft werden Kriminalisierungsversuche der Göttinger Polizei und Justiz also nicht unbeantwortet bleiben. •

WEITERE INFORMATION:

www.politische-justiz.org

www.buerger-beobachten-polizei.de



Öffentlicher Protest ist ein wesentliches Fundament sozialer Bewegungen. Wer diese kriminalisiert, stellt sich gesellschaftlichem Fortschritt in den Weg. Hier demonstrieren Genoss*innen der CNT in Frankreich gegen die Kürzungspolitik in Folge der Krise 2010

WAS SOLL DAS GEREDE VOM ANGEBLICH RECHTEN ASTA?

Schließlich wird der jetzige Asta mehrheitlich von der ADF gestellt. Die verstehen sich doch selbst als unpolitisch. Nur ein Asta, der die Uni im gesellschaftlichen Kontext denkt und begreift, kann einen Schutz gegen Kürzungswahn und Studiengebühren bieten.

Die drastischen Kürzungen, welche in den letzten Jahren an der Uni durchgesetzt wurden zeigen in frappierender Weise einmal mehr, dass die Hochschulen kein von der Gesellschaft abgekoppelter Elfenbeinturm sind. Pläne zu Schließungen ganzer Fachbereiche waren abzuwenden und Studiengebühren von 500 Euro für alle konnten von der Studierendenschaft unter dem zahnlosen ADF-Asta nicht abgewehrt werden. Wer in solchen Situationen lediglich ein Transparent mit „Bitte keine Kürzungen an der UNI“ hochhalten möchte oder besser noch: „Bitte keine Kürzungen an der Göttinger UNI“, sich aber sonst keine Mühe um ein tieferes Verständnis der gesellschaftlichen Vorgänge machen will, von denen diese Kürzungsabsichten verursacht werden, wird weder die Studiengebühren, noch weitere Kürzungen verhindern können.

Die Gründe für die Veränderungen an den Hochschulen können nur verstanden werden über eine klare Analyse der gesamtgesellschaftlichen Vorgänge und Verhältnisse; denn schließlich ist die Uni in die Gesamtgesellschaft eingebettet. Dazu gehört es beispielsweise, den kollektiven Wahn der „Sparlogik“ - von der sich zurzeit viel zu Viele blenden lassen - zu durchbrechen. Woran liegt es denn, dass im Moment die öffentlichen Kassen leer sind? Liegt es daran, dass Arbeiter*innen und Angestellte in der BRD zu wenig arbeiten bzw. zu wenig Wert schaffen? Oder liegt es an der Verteilung dieser geschaffenen Werte? Warum sinken die Löhne bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsproduktivität? Warum sind die Kassen leer; wie funktioniert es, dass große Unternehmen in der BRD und in anderen Ländern immer weniger oder gar keine Steuern mehr zahlen? Warum sinkt seit den achtziger Jahren der Spitzensteuersatz permanent?

Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist doch: Was sind die gesellschaftlichen Umstände, die dazu führen, dass uns an der UNI der Hals zugeschnürt wird? Wer diesen Zusammenhang zwischen Hochschule und Gesellschaft nicht sieht, nicht sehen will oder sogar bewusst ausblenden will, wer also die Wahrnehmung des politischen Mandats torpedieren will, wie das vor allem die ADF tut, der kann unsere Proteste vielleicht irgendwie begleiten aber unter keinen Umständen sinnvoll geschweige denn erfolgreich führen.

Letztendlich wird sich herausstellen, dass eine verkürzte Analyse und eine auf die UNI an sich begrenzte Kritik uns nicht zu einer Verbesserung unserer Situation führen kann. Wer beispielsweise so argumentiert, dass er einerseits den Gedanken „Die Uni hat zu wenig Geld“ legitim findet. Andererseits aber die Überlegung, „Es fliegen zu viele Eurofighter durch die Luft fliegen und möglicherweise ist deshalb zu wenig Geld da“, als illegitim abtut bzw. als sogenannte „Allgemeinpolitik“ denunziert, der beschränkt uns in unseren Möglichkeiten. Unser Denken darf nicht an der Campusgrenze aufhören, denn die Vorgänge außerhalb des Campus bestimmen die Struktur des Raumes innerhalb des Campus. Wer stupide „Mehr Mittel, mehr Geld“ fordert, aber in diesem Zusammenhang nicht über die ausschlaggebenden Determinanten in Ökonomie und Gesellschaft nachdenken will oder kognitiv dazu einfach nicht in der Lage ist, diesen Zusammenhang herzustellen (bei den Vertretern von ADF, LHG und RCDS drängt sich einem dieser Verdacht auf), der kann vielleicht auf einer Demo mitlaufen und ein Transparent hochhalten, aber der soll bitte nicht mehr als „studentische Vertretung“ den AstA stellen.

Auch Studierende sind nicht nur Studierende sondern auch Teil der Gesamtgesellschaft. Als solche Mitglieder der Gesamtgesellschaft haben wir ein Recht auch in unserer Teilidentität als Studierende auf gesellschaftliche Strömungen und Veränderungen Einfluss zu nehmen. Wer in den Genuss von mehr Bildung kommt dem erwächst m.E. daraus sogar so etwas

wie eine Verantwortung für die Gesellschaft. Warum sollen Studierende - z.B. die Bios, sich nicht kritisch mit Fragen der Gentechnik oder des Klimawandels befassen, und sich dafür einsetzen das eine kritische Behandlung dieser Inhalte sich auch in den Lehrplänen niederschlägt. Fragt doch mal einen von der ADF was los ist, wenn das Ozonloch direkt überm Stupa steht: Ob das dann Allgemein- oder Hochschulpolitik ist?

Warum sollen Student*innen - z.B. die Physiker*innen sich nicht kritisch mit Fragen der Kernenergie befassen - oder sollen sie erst noch ein paar Jahre warten? Der nächste Super-Gau wird kommen jedenfalls mit einer nicht zu vernachlässigenden Wahrscheinlichkeit. Wenn dann Strahlung auf den Mensatischen gemessen wird (so wie nach Tschernobyl) ist das dann ein hochschulpolitisches oder allgemeinpolitisches Problem? Warum sollen Student*innen - z.B. Jurist*innen - sich nicht mit den juristischen Aspekten der Atomkraft auseinandersetzen - es gab hier mal einen Lehrstuhl für Atomrecht. Warum sollen sich Student*innen - z.B. Mediziner*innen - nicht mit der Bedeutung des derzeit ablaufenden Sozialabbaus im Gesundheitswesen auseinandersetzen sollen? Warum sollen Student*innen - z.B. Sozialwissenschaftler*innen, Politikwissenschaftler*innen oder Historiker*innen sich nicht mit Neofaschismus und rassistischen oder antisemitischen Tendenzen in der Gesellschaft auseinandersetzen dürfen. Oder sollen sie erst warten bis sich eine entsprechende rechtsextreme Hochschulgruppe formiert und in nennenswertem Umfang Stimmen einfängt? Warum sollen sich - z.B. die Wiwis nicht mit Fragen der Globalisierung und was man dagegen tun kann beschäftigen. Warum soll man als WiWi nur die heilige Neoklassische Lehre wie sie vom Katheder gelehrt wird in religiös anmutender Gläubigkeit nachbeten? Glauben die Vertreter*innen der neoklassischen Wirtschaftslehre und deren Konsument*innen angesichts einer strukturellen Arbeitslosigkeit von 4 Mio Menschen und der damit einhergehenden immer weiter voranschreitenden sozialen



Die vermeintlich unpolitische Haltung der ADF: Ich sehe nichts, ich höre nichts, ich sage nichts

Desintegration von nennenswerten Teilen der Gesellschaft, dass auf eine Kritik dieser führenden ökonomischen Lehren verzichtet werden könne? Müssen erst drastische Sparmaßnahmen auf die Uni zurollen bevor sich von studentischer Seite mit der ökonomischen Verfasstheit dieser Gesellschaft auseinandergesetzt wird?

Was die Vertreter der ADF anbelangt, kann man konstatieren, dass sie es noch nicht einmal in einer solchen Situation tun! Ein Asta und die mit ihm verbundenen Hochschulgruppen, die die in diesem Sinne noch vorhandenen kritischen Ansätze nicht unterstützten, sondern im Gegenteil versuchen sie als sogenannte Allgemeinpolitik zu denunzieren, abzuwerten und zu unterdrücken, gehört abgewählt! Die bewusste Ausblendung dieser Zusammenhänge ist der politischen Gesinnung der ADF geschuldet, so unpolitisch sie sich auch immer darstellen möchte:

DIE ADF IST POLITISCH, INDEM SIE SAGT,

„Kürzungen sind in Ordnung, aber bloß nicht in Göttingen, lieber in Hannover.“ Politische Aussage: Gekürzt werden muss, weil wir unter Anderem damit einverstän-

den sind, dass die Vermögenssteuer abgeschafft ist bzw. weil wir uns nicht gegen die permanente Senkung des Spitzensteuersatzes positionieren wollen.

DIE ADF IST POLITISCH, INDEM SIE SAGT,

„Die Kürzungen im Sozialbereich gehen

FORDERUNGEN UND VORSCHLÄGE:

1. Konsequente Wahrnehmung des politischen Mandats durch die verfasste Studierendenschaft und Asta – Wir brauchen einen Asta der sich dieser Einsicht nicht versperrt. Wir brauchen einen Asta der in dieser Hinsicht auch nach einem Ende der Aktionen weiter gegen Kürzungen und Studiengebühren aktiv ist. Fazit: Ein Asta unter Beteiligung der ADF kann nicht toleriert werden!

2. Bildung von inhaltlichen AG's die sich z.B. mit der Frage beschäftigen: Warum sind die öffentlichen Kassen leer? Wie leer sind sie wirklich und könnten sie nicht problemlos noch viel leerer sein? Welche Bedeutung haben

uns nichts an.“ Politische Aussage: Kürzt bei meiner Oma (Rentner*innen), bei den Studierenden in Hannover oder Vechta, bei deiner kleinen Schwester (Kindergartenplätze), bei deinem älteren Freund oder deiner älteren Freundin (Arbeitslose Akademiker*in). Natürlich würden das die Meisten, die die ADF unterstützen und/oder Mitglieder in ihr sind, niemals so deutlich zu Ende denken, geschweige denn öffentlich vertreten. Gerade deswegen ist es wichtig, sich klar zu machen, dass man eine eindeutig unsoziale, ausgrenzende und damit implizit elitäre Einstellung unterstützt, wenn man ADF wählt. Das IST eine politische Positionierung! Nun rollten vor ein paar Jahren die Studiengebühren und die Kürzungen auf die Hochschulen zu und zwar von außen.

IN DIESER HINSICHT KÖNNEN WIR FESTHALTEN:

Eine studentische Vertretung kann Student*innen nur dann tatsächlich vertreten, wenn sie um die Uni herum nicht nur ein Vakuum sieht oder dieses künstlich-ideologisch konstruiert. Auch die Interessen der Studierenden können nur vertreten werden, wenn die Gesellschaft in der die Uni nun mal eingebettet ist, analysiert wird. Wenn diese Denkblockaden nicht aufgehoben werden, bleibt unser Protest auf mittlere Sicht stumpf.

Der eigentliche Angriffspunkt unseres Protestes - unserer Kritik - liegt außerhalb der Uni. Um in diesem Feld angemessen agieren zu können brauchen wir das politische Mandat für Fachgruppen, Fachschaften und Asta. Wer zu dieser Einsicht nicht in der Lage ist, kann unseren Protest nicht zum Erfolg führen! •

1,7 Billionen öffentliche Schulden, wenn wir hören das sich die Vermögen privater Haushalte in der BRD auf 3,7 Billionen Euro belaufen? Ist diese von oben angeschobene Sparwut, dieser Geld und Schuldendiskurs vielleicht im Endeffekt nichts weiter als eine Verschärfung und Modernisierung des politisch-ökonomischen Kommandos?

3. Sucht offensiv die Diskussion mit Kommilitonen und macht ihnen klar das die Uni nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum existiert. Wenn wir etwas erreichen wollen darf unser Denken nicht an der Campusgrenze aufhören, denn die Vorgänge außerhalb des Campus bestimmen die Struktur des Raumes innerhalb des Campus.

GET ORGANIZED! JOIN YOUR LOCAL BASISGRUPPE



▪ *BASISDEMOKRATISCHES BÜNDNIS/ ZUSAMMENSCHLUSS DER BASISGRUPPEN*

www.bb-goettingen.de
info@bb-goettingen.de

▪ *BASISGRUPPE BIOLOGIE*

www.uni-goettingen.de/de/90816.html
fsbio@gwdg.de
Treffen montags 20.00 im Fachschaftsraum Bio, Wilhelm-Weber-Straße 2

▪ *BASISGRUPPE ETHNOLOGIE (IN FUSION MIT BG KA/ EE)*

www.bgethno.blogspot.de
bg_fusion@gmx.de, bg_ethno@gmx.de
Treffen dienstags 20.00 im Fachschaftsraum KA/EE, Herzberger Landstraße 2

▪ *BASISGRUPPE FIMP (FÜR INFORMATIK, MATHE UND PHYSIK)*

bgfimp@gmail.com
Zur Zeit treffen wir uns nicht. Wenn du Interesse an einer Organisierung an der Mathe bzw. Norduni hast, melde dich doch einfach bei uns (z.B. per mail)!

▪ *BASISGRUPPE GERMANISTIK*

www.bggermanistik.blogspot.de
bg-germanistik@gmx.net
Treffen montags 18.00 im Fachschaftsraum Germanistik, SDP, Käte-Hamburger-Weg 3

▪ *BASISGRUPPE GESCHICHTE*

www.bg-geschichte.net
www.bg-geschichte@gmx.net
Treffen montags 20.00 Café Kabale, Geismarlandstraße 19

▪ *BASISGRUPPE KUNSTGESCHICHTE*

basisgruppekunst@gmx.de

▪ *BASISGRUPPE JURA*

www.bgjura.blogspot.de
bg-jura@gmx.de

▪ *BASISGRUPPE KULTURANTHROPOLOGIE (IN FUSION MIT BG ETHNO)*

www.bgkulturanthropologie.wordpress.com/
bg-fusion@gmx.de, bg-kaee@gmx.de

▪ *BASISGRUPPE MEDIZIN*

www.bgmed.org
basisgruppe_medizin@web.de
Wir treffen uns jeden Mittwoch Abend (wechselt immer ein bisschen so ab 19-20Uhr) in unserem Raum im Rosa-Lux-Haus

▪ *BASISGRUPPE SoWi*

www.bgsowi.blogspot.de
bgsowi@xmail.net
Treffen jeden 2. und 4. Montag im Monat um 20.00, FSR SoWi, Oeconomicum

▪ *BASISGRUPPE PHILOSOPHIE*

basisgruppephilosophie.wordpress.com
basisgruppephilosophie@gmx.de
Treffen dienstags 20.00 Bunter Raum, Philosophisches Seminar, Humboldtallee 19

FÜR EINEN LINKEN UND BASISDEMOKRATISCHEN ASTA!



WER SIND WIR?

Das Basisdemokratische Bündnis ist ein uniweiter Zusammenschluss aller an den Fachbereichen organisierten Basisgruppen, die sich für eine linke, emanzipatorische Politik an der Uni einsetzen. Wir verstehen uns dabei in erster Linie als basisdemokratisch. Das heißt, wir legen Wert auf Mitsprache von allen und sind "von unten" organisiert - Hierarchien versuchen wir auf allen Ebenen abzubauen: die Treffen sind öffentlich, jede*r hat die Möglichkeit, sich aktiv einbringen.

WAS MACHEN WIR?

- Aktive Fachschafts- und Fachgruppenarbeit: In den Fachgruppen Germanistik, Geschichte, Sozialwissenschaften, Philosophie und Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie sowie in den Fachschaftsräten der Philosophischen Fakultät, der Sozialwissenschaftlichen Fakultät und an der Biologie.
- Durchführung verschiedener autonomer und kritischer Veranstaltungen und Projekte: Organisation von bzw. Beteiligung an mehreren (hochschul-)politischen, feministischen und popkulturellen Veranstaltungsreihen: von „- Grenzen - Gleichstellung – Gewalt“ über „Bologna – Ein einziger Verwertungsprozess?“ bis „Aufbegehren in Bild und Text – vom Umgang des Comics mit Protest, Subkultur und Identität“. Zudem Durchführung einer alternativen O-Phase und Beteiligung an der „Le Chat Noir“-Theke im JuzI.
- Organisation von Vollversammlungen und Förderung von Basisinitiativen, um zusammen konkrete Verbesserungen im Studienalltag zu erkämpfen, wie z. B. die Neugestaltung von Studienordnungen oder die Verhinderung des Magisterendes 2011 an der Philosophischen Fakultät.
- Unterstützung und Aufrechterhaltung

nichtkommerzieller Freiräume an der Uni, wie z. B. das Freiraumcafé „Autonomicum“ im blauen Turm, der „Bunte Raum“ an der Philosophischen Fakultät oder der offene Raum in der Deutschen Philologie.

- Mitorganisierung des Antifée (ein seit über drei Jahren bestehendes unkommerzielles und alternatives Kulturfestival an der Uni, inklusive Musik, Workshops, kritischen Veranstaltungen und anderen Angeboten).
- Unterstützung der Here to Stay – Kampagne und der Erhaltung von selbstverwalteten Wohnstrukturen.
- Engagement in gesellschaftspolitischen Bündnissen und Unterstützung von Initiativen, z. B. gegen die Abschiebungen von Roma aus Göttingen, gegen regionale wie überregionale Naziaufmärsche oder die Initiierung der Initiative „Für gesellschaftliches Engagement - Gegen Kriminalisierung und politische Justiz“.

WAS FORDERN WIR?

- Wir wollen freie Bildung für alle! Studiengebühren gehören abgeschafft! Ausfinanzierung der Studiengänge durch Bund und Länder.
- Grundlegende Veränderung des BA/MA-Systems. Selbstbestimmtes Studium durchsetzen!
- Kritische Wissenschaften müssen gefördert werden, wir brauchen ein breites und qualitativ ansprechendes Studienangebot.
- Für einen konsequenten Feminismus: Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten müssen gestärkt und endlich ein Gender-Referat im AStA gegründet werden.
- Für einen konsequenten Antirassismus: Für mehr Antirassistische Arbeit

gegen Ausgrenzung und Gewalt am Campus, antirassistische Initiativen müssen unterstützt werden.

- Für einen konsequenten Antifaschismus: Wir fordern eine breitere Aufklärungsarbeit über studentische Verbindungen sowie verstärkte politische Arbeit gegen Nazis.
- Wir fordern eine Hochschule ohne Barrieren – für eine Universität ohne Diskriminierung!
- Für eine bunte und vielfältige Kulturarbeit!
- Die selbstverwalteten Wohnstrukturen für Studierende müssen erhalten bleiben und ausgebaut werden!
- Schluss mit Korruption und Filz! Studierende benötigen einen starken, handlungsfähigen und vor allem transparenten AStA mit allgemeinpolemischen Mandat, wir müssen auch gesamtgesellschaftliche Probleme wenigstens ansprechen dürfen!
- Elitenbildung brauchen wir nicht. Was heißt schon Exzellenzinitiative?
- Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg sind nicht zu akzeptieren. Für eine offensive und transparente Arbeit in den Gremien!
- Die ausländische Studierendenvertretung muss gestärkt werden!

*FÜR EINEN BASISDEMOKRATISCHEN,
EMANZIPATORISCHEN UND
HANDLUNGSFÄHIGEN ASTA!*

www.bb-goettingen.de

Vom 25. bis 28. Januar 2011 sind Wahlen, wählt Liste 4: Basisdemokratisches Bündnis ins StuPa, wählt Basisgruppen in die Fachschaften: Medizin Liste 1, PhilFak Liste 3, Sowi Liste 1!